

AUS LIEBE ZU DEUTSCHLAND

REGIERUNGSPROGRAMM DER
LIBERAL-KONSERVATIVEN ALLIANZ
ZUR XVI. BUNDESTAGSWAHL





LIEBE MITBÜRGER!

Deutschland ist ein schönes Land – mit vielen wunderschönen Landschaften, aber auch mit vielen Menschen, die hart arbeiten. Für mich ist klar: Sie sind der Motor für die Schaffung und den Erhalt unseres großartigen Wohlstandes, der in Nachkriegszeit begonnen hat, Einzug zu halten. Wir konnten in den letzten Jahren in Frieden und Freiheit leben. Es sind so viele Dinge, auf die wir mit Recht stolz sein können. Für mich ist klar: ich liebe Deutschland.

Doch: all dies ist nicht selbstverständlich. Seit einem Jahr herrscht wieder Krieg in Europa – unsere Freiheit ist bedroht. Doch nicht nur unsere Freiheit, sondern auch unser Wohlstand ist in Gefahr. Mit dem verbrecherischen Angriffskrieg Russlands auf die Ukraine wurden Rohstoffe zur geopolitischen Waffe – die Preise sind in den letzten anderthalb Jahren enorm gestiegen, die Inflation enteignet die arbeitende Mittelschicht schleichend. Es gibt so viel zu tun. Und unter meiner Kanzlerschaft wurden bereits viele bedeutende Initiativen zur Bekämpfung der Inflation und der Sicherstellung der inneren Sicherheit angestoßen. Wir haben im Bundestag Steuersenkungen auf dem Weg gebracht, eine Initiative zur Wiederaufnahme des Frackings sowie eine Initiative zur Erhöhung der Minijob-Grenze eingebracht und die Ukraine bei ihrem Kampf gegen den Angriffskrieg Russlands unterstützt. Doch all das reicht natürlich noch nicht aus: es gibt viel zu tun – zum Wohle unseres Landes.

Das nachfolgende Wahlprogramm soll die Leitlinien für die weitere politische Arbeit meiner Partei und mir skizzieren. Eine liberale Wirtschaftspolitik, eine geordnete Migrationspolitik sowie die Stärkung der inneren und nationalen Sicherheit gehören zu meinen Prioritäten. Klar ist auch: Deutschland braucht Stabilität in diesen bewegten Zeiten. Dafür werde ich – aus Liebe zu Deutschland – mit aller Kraft eintreten. Deswegen bewerbe ich um eine zweite Amtszeit als Bundeskanzler – und bitte erneut um Ihr Vertrauen und um Ihre Stimmen für die Liberal-Konservative Allianz.

Herzlichst,

Ihr Friedrich Augstein

Bundeskanzler



INHALT

Vorwort	3
Für eine nachhaltige Finanzpolitik	6
Für ein energieunabhängiges Deutschland	10
Für eine liberale Wirtschaftspolitik	13
Für eine Verkehrspolitik der Zukunft	17
Für eine sichere Rente	20
Für eine Stärkung der inneren Sicherheit	24
Für eine geregelte Migrationspolitik	27
Für eine Sicherheitspolitik der Vernunft	30



**Für eine
nachhaltige
Finanzpolitik**

WIR ...

- wollen nachhaltig haushalten
- lehnen Steuererhöhungen ab
- die Bürger entlasten
- wollen die Steuern – soweit möglich – senken
- bekennen uns zur Schuldenbremse
- wollen die Staatsverschuldung minimieren
- lehnen die Vergemeinschaftung von Schulden, Eurobonds, Rettungsschirme o. Ä. ab
- und wollen den öffentlich-rechtlichen Rundfunk reformieren und den Rundfunkbeitrag senken



**OXANA KOSŁOWSKA
BUNDESFINANZMINISTERIN
LISTENPLATZ 2**

FÜR EINE NACHHALTIGE FINANZPOLITIK

Die Grundlage unseres politischen Handelns ist stets eine solide und nachhaltige Finanzpolitik. Stets im Blickpunkt haben wir dabei die Generationengerechtigkeit, um ein Erbe von Wachstum und von Wohlstand zu hinterlassen, anstatt von Ansprüchen und Verschuldung. Denn der Staat muss immer handlungsfähig bleiben, um auch in Krisenzeiten reagieren zu können. Die Politik muss mit dem Geld der Steuerzahler sorgfältig und effizient umgehen und der Staat sich auf Kernaufgaben konzentrieren. Entsprechend bekennen wir uns zu der grundgesetzlich verankerten Schuldenbremse und wollen die Staatsverschuldung – auch mit Blick auf die Inflation – auf ein Minimum begrenzen. Den öffentlich-rechtlichen Rundfunk wollen wir grundlegend reformieren, die Sendeanstalten auf wichtige Radio- und TV-Sender reduzieren, um die Rundfunk-Gebühren drastisch zu senken, und die Meinungsvielfalt stärken, und dazu in den Dialog mit den Bundesländern treten. Die öffentlichen Finanzen müssen wir in einem angemessenen Tempo wieder in Ordnung bringen. Eine nachhaltige Haushaltspolitik kommt aber ohne Steuererhöhungen aus. Soweit finanzielle Spielräume bestehen, werden wir unsere Entlastungspolitik fortsetzen und weitere Steuern senken.

Wir lehnen eine Steuerpolitik ab, die spaltet, Klassenkampf fördert oder individuelles Engagement schmälert. Stattdessen visieren wir die Streichung unnötiger Subventionen und Staatsausgaben an. Die

Vergemeinschaftung von Schulden, Eurobonds oder Rettungsschirme lehnen wir entschieden ab. Die Bundesrepublik muss finanzpolitische Eigenständigkeit behalten. Deutsche Steuerzahler dürfen nicht für die Fehler anderer Nationen haften. Wir wollen daher die im europäischen Recht verankerte Nichtbeistandsklausel stärken.



TAKERU YAMAMOTO
KANZLERAMTSCHIEF
LISTENPLATZ 4

FÜR EIN ENERGIE- UNABHÄNGIGES DEUTSCHLAND



WIR WOLLEN ...

- unsere Handelspartner in Sachen Energie diversifizieren, um einseitige Abhängigkeiten zu verhindern
- neue Atomkraftwerke bauen, um unsere Stromversorgung zu sichern und das Klima zu schützen
- die Rahmenbedingungen dafür schaffen, dass die Kernkraft-Technologie weiterentwickelt werden kann
- Geo-Engineering ermöglichen und die Rahmenbedingungen schaffen, damit Innovationen Technologien für den Kampf gegen den Klimawandel zum Einsatz kommen können

FÜR EIN ENERGIEUNABHÄNGIGES DEUTSCHLAND

Der russische Angriffskrieg hat uns die Gefahren einer einseitigen Energieabhängigkeit vor Augen geführt. Es ist wichtig, mehr Importe aus anderen Staaten zu beschaffen, aber allen voran auch die Energieunabhängigkeit zu stärken. Deswegen brauchen wir nun Maßnahmen, um die Abhängigkeit zu verringern. Versorgungssicherheit ist in Krisenzeiten wichtiger als Ideologie. Die Allianz ist der Ansicht, dass Atomkraftwerke für die Stärkung der Energieunabhängigkeit von entscheidender Bedeutung sind und stimmt mit dem Weltklimarat überein, dass Atomkraftwerke beim Klimaschutz eine große Rolle spielen müssen. Wir erkennen an, dass

die atomare Energiegewinnung umweltfreundlich, zuverlässig und sicher ist. Deshalb haben wir die Laufzeiten der bestehenden Atomkraftwerke verlängert. Darüber hinaus wollen wir neue Atomkraftwerke bauen. Wir setzen uns auch für ein starkes Engagement in der Atomenergieforschung, insbesondere betreffend Partitioning und Transmutation ein. Künftige Generationen von Reaktoren werden nuklearen Abfall wiederverwerten und erheblich weniger strahlende Reste hinterlassen, womit sich auch die Problematiken betreffend der Endlagerung erheblich einfacher lösen lassen. Dazu benötigt die Forschung aber die volle Rückendeckung seitens der Politik. Ebenso wollen wir Geo-Engineering ermöglichen, um neue Chancen zu schaffen. Maßnahmen, die unter den Begriff Geo-Engineering fallen, unterliegen in Deutschland strenger Regulierung. Wir sehen im „Solar Radiation Management“ sowie in „Carbon Capture and Storage“- und „Carbon Dioxide Removal“-Technologien, durch die CO₂ der Atmosphäre entzogen wird, eine große Chance für den Klimaschutz.

A photograph of two construction workers on a building site at sunset. The worker on the left is wearing a white hard hat, a grey jacket, and a bright yellow safety vest. The worker on the right is wearing a white hard hat, a light blue shirt, and dark jeans, and is holding a tablet. They are standing on a concrete structure with rebar visible in the background. The text "Für eine liberale Wirtschaftspolitik" is overlaid in white on the image.

Für eine liberale Wirtschaftspolitik

WIR ...

- stehen für eine liberale Wirtschaftspolitik ein
- befürworten privates Unternehmertum
- den Wettbewerb zwischen Unternehmen fördern
- das Arbeitsrecht flexibilisieren
- wollen die Digitalisierung des Mittelstandes fördern
- wollen die Bürokratiebelastung von Unternehmen abbauen und der Wirtschaft freiere Hand lassen
- wollen Start-ups fördern
- wollen die Cybersicherheit verbessern, um private Unternehmen zu schützen

FÜR EINE LIBERALE WIRTSCHAFTSPOLITIK

Eine liberale Wirtschaftspolitik ist für uns unerlässlich. Denn die politische und die wirtschaftliche Freiheit sind zwingend miteinander verbunden. Der Markt ermöglicht, dass sich die Menschen frei entfalten können, erschafft Wohlstand und ermöglicht Teilhabe. Auch Freihandel ist daher unabdingbar. Als Bekenntnis zur Sozialen Marktwirtschaft setzen wir auf Wettbewerb, die Tarifautonomie und auf das Leistungsprinzip. Den Schutz des Eigentums, eine bessere Unterstützung beim Aufbau dessen sowie die unternehmerische Freiheit wollen wir sicherstellen.

Die Digitalisierung unseres Mittelstands ist nicht erst in Zeiten der Pandemie eine der größten Herausforderungen für den Wirtschaftsstandort Deutschland. Die Zukunft der Arbeit muss effizient, aber human gestaltet werden. Deswegen ist eine Neuausrichtung des Arbeitsrechts, inklusive einer Flexibilisierung von Arbeitszeit- und von Arbeitsschutzvorschriften erforderlich. Die gesetzlich vorgeschriebene elfstündige Ruhepause ist nicht mehr zeitgemäß. Eine Umstellung der täglichen auf eine wöchentliche Höchstarbeitszeit wäre sinnvoll. Die Digitalisierung der Arbeitswelt wird zu mehr Wachstum führen. Der Mittelstand wird von der Digitalisierung profitieren, doch hierfür müssen die Voraussetzungen geschaffen werden. Wir müssen die digitale Souveränität mittels offenem Zugang zu Technologie und flächendeckend verfügbarer digitaler Infrastrukturen forcieren.

Aktuell leiden Unternehmen zudem unter einer Bürokratiebelastung, aber auch erhöhten Haftungsrisiken. Daher braucht es unbedingt Bürokratieabbau und Deregulierungen. Zudem muss eine Datenpolitik entwickelt werden, die auch dem 21. Jahrhundert gerecht wird und dabei den Anforderungen der digitalen Gesellschaft und Wirtschaft entspricht. Einen klaren Kurs gegen die Zensur und Willkür von Sozialen Netzwerken, aber auch ein Verbot von Uploadfiltern halten wir für geboten. Es bedarf eines klaren Bekenntnisses zum Technologie-, Digital- und E-Commerce-Standort Deutschland. Für Start-ups müssen wir den Rechtsrahmen verbessern und beispielsweise ein Venture-Capital-Gesetz verabschieden. Sie

sind Motor für innovative Ideen und Geschäftsmodelle. Sie unterstützen die technologische Wettbewerbsfähigkeit. Die Digitalwirtschaft muss grundsätzlich von Einschränkungen bei der Arbeitnehmerüberlassung und Werkverträgen ausgenommen werden. Die Schwelle für die IST-Besteuerung wollen wir ebenso wie Zuverdienstgrenzen und die Freibeträge zum Beispiel für Rentner und Kinder von Hartz-IV-Empfängern erhöhen.

Wir streben im Rahmen der weiteren Digitalisierung auch eine Verbesserung der nationalen und europäischen Strategie zur Cybersicherheit an. Die fortschreitende Digitalisierung erhöht zunehmend die Bedeutung des Cyberraums. Allein die deutsche Bundesregierung registriert pro Tag dutzende hochspezialisierte Cyberangriffe auf die Netze des Bundes. Die Zahl der Cyberangriffe auf große deutsche Unternehmen liegt noch deutlich höher. Deshalb braucht es im Zuge der weiteren Digitalisierung sowohl auf nationaler als auch auf europäischer Ebene eine Strategie zum Schutz von privaten Unternehmen und öffentlichen Einrichtungen gleichermaßen, um diesen neuen Bedrohungen zu begegnen.



**Für eine
Verkehrspolitik
der Zukunft**

WIR WOLLEN ...

- die Bundesinvestitionen in die Verkehrsinfrastruktur erhöhen
- Netz und Betrieb bei der Bahn trennen und mehr Wettbewerb auf der Schiene ermöglichen
- die Luft- und Raumfahrt mit der Förderung der Forschung und der Entwicklung stärken

FÜR EINE VERKEHRSPOLITIK DER ZUKUNFT

Wir wollen die Investitionen des Bundes in die Verkehrsinfrastruktur erhöhen und damit die jahrelange Unterfinanzierung beenden. Menschen verlieren viel zu viel Lebens- und Arbeitszeit, weil Straßen, Brücken oder Schienen nicht saniert oder ausgebaut werden: Der Staat nimmt alljährlich über 50 Milliarden an Steuern und an Abgaben aus dem Straßenverkehr ein, doch nur ein Fünftel fließt in Verkehrsinvestitionen. Angesichts bröckelnder Straßen und Brücken ist das zu wenig. Der Bund muss mehr Mittel für Verkehrswege bereitstellen. Eine Zweckbindung der KfZ-Steuer stellt eine mögliche Lösung dar. Doch auch die Abschaffung der KfZ-Steuer und die Einführung einer Maut als Alternative erachten wir als überlegenswert. Ein Ende der Gängelung von Dieselfahrern und eine

klare Absage gegenüber Fahrverboten ist für uns bedeutend. Die Allianz befürwortet einen freien Wettbewerb.

Die Luft- und Raumfahrt wollen wir mit Förderung der Forschung und Entwicklung stärken und angesichts wachsender Konkurrenz die Wettbewerbs- und Zukunftsfähigkeit des Luft- und Raumfahrtstandorts Deutschland sichern. In diesem Rahmen streben wir auch gesetzliche Anpassungen zur Stärkung der Luft- und Raumfahrt an. Ebenso wollen wir die Trennung von Netz und Betrieb bei der Bahn vornehmen. Ein wirksamer und unverfälschter Wettbewerb im Eisenbahnmarkt kann nur dann erreicht werden, wenn die Infrastruktur- und Verkehrsleistungen getrennt voneinander erbracht werden. Daher wollen wir auch die Netzsparte der Deutsche Bahn AG unabhängig machen. Infolge der Trennung kann sich die Bahn beim Zugverkehr um Gewinne kümmern, der Bund bei der Infrastruktur ums Gemeinwohl. Nur so ist fairer Wettbewerb möglich.

An elderly couple is shown from behind, embracing each other in a vast, open landscape. They are wrapped in a large, patterned blanket with a grid of blue, brown, and white squares. The man has white hair and is wearing a light blue sweater. The woman has grey hair. They are looking out over a green valley towards a range of rugged, grey mountains under a clear blue sky with some light clouds. The scene is bathed in warm, golden light, suggesting late afternoon or early morning.

**Für eine
sichere Rente**

WIR WOLLEN ...

- das Renteneintrittsalter flexibilisieren
- Zuverdienstgrenzen abschaffen
- private Vorsorge stärken
- eine Aktienrente einführen

FÜR EINE SICHERE RENTE

Wir wollen das Renteneintrittsalter flexibilisieren. Dazu gehört ein Wahlmodell, bei dem jeder frei entscheiden kann, wann er in Rente gehen möchte und die Abschaffung von Zuverdienstgrenzen. Den Nachholfaktor wollen wir bereits vor 2025 wieder in Kraft setzen, um die Balance zwischen Rentenempfängern und Beitragszahlern wiederherzustellen, und den Nachhaltigkeitsfaktor künftig stärker gewichten. Die Sinnhaftigkeit der Fortführung der doppelten Haltelinie nach 2025 gilt es ebenso wie die Fortführung der Anpassung des Renteneintrittsalters ab 2031, die Abschaffung der Rente mit 63 und die Abschaffung der Rente mit 65 zu evaluieren. Zusätzlich wollen wir die Bedingungen schaffen, um langfristiges Sparen mit Aktien besser zu fördern. Durch den demographischen Wandel wird das gesetzliche Rentenniveau voraussichtlich erheblich sinken. Um die Rente zukunftsfest zu machen, braucht es eine Altersvorsorge nach dem Baukastenprinzip, die gleichermaßen auf die gesetzliche, auf die betriebliche und auf die private Vorsorge setzt. Um die Lücke in der gesetzlichen Rentenversicherung zu schließen,

müssen die Erwerbstätigen mehr Geld für die zusätzliche Altersvorsorge zurücklegen. Die Aktienanlage ist hier ein bedeutender Baustein. Bewährte Instrumente der staatlich geförderten Altersvorsorge müssen hierzu weiterentwickelt werden. Wir wollen die Regelungen, die die Nutzung von Aktien in der gesetzlich geförderten Altersvorsorge erschweren, flexibilisieren, um das Angebot in der Altersvorsorge zu stärken. Wir möchten der Rentenkasse mehr Mittel zur Verfügung stellen und werden dafür eine gesetzliche Aktienrente einführen.



PAUL FUHRMANN
BUNDESJUSTIZMINISTER
LISTENPLATZ 6

A photograph of two police officers, a man and a woman, standing outdoors in a wooded area. They are both wearing light blue shirts, dark ties, and white peaked caps with a crest. They are also wearing dark tactical vests with "POLIZEI" written on them. The man is on the left, and the woman is on the right. They are both smiling slightly. The background is a blurred green forest.

Für eine Stärkung
der inneren Sicherheit

FÜR EINE STÄRKUNG DER INNEREN SICHERHEIT

Wir sprechen uns für die Förderung außergerichtlicher Streitbeilegung zur Entlastung der Gerichte, der Minimierung von Prozessrisiken und einer besseren Geltung der Interessen der Streitparteien aus. Der derzeit verpflichtende Gütetermin ist wenig wirkungsreich, weil er vom Gericht durchgeführt wird, das den Interessen der Parteien nicht in voller Geltung entspricht. Des Weiteren spricht sich die Allianz für die Evaluierung der Strafraumen strafrechtlicher Tatbestände aus. Wir wollen zudem die finanziellen Anreize für Abmahnungen verringern. Angesichts massiver Angriffe auf Polizeibeamte, die ausweislich der Kriminalstatistik zugenommen haben, sehen wir die Notwendigkeit weiterer Hilfsmittel, die den Beamten zur Verteidigung und Vollzug von Polizeiverfügungen bereit gestellt werden müssen. Hierdurch erhofft sich die Allianz eine höhere Flexibilität im Umgang mit Störern und gewalttätigen Angriffen. Deswegen fordern wir, der Bundespolizei die Taser zur Verfügung zu stellen. Die Attraktivität und die Vergütung der Bundespolizei wollen wir erhöhen.



NATHAN LEFÈVRE
LISTENPLATZ 5



**Für eine
geregelte
Migrationspolitik**


WIR ...

- stehen für eine geregelte Migrationspolitik und wollen klare Regeln für Zuwanderung
- sind der Auffassung, dass Immigration immer mit Integration zu denken ist
- wollen Fluchtursachen bekämpfen
- sind der Auffassung, dass illegale Migration zu unterbinden ist
- wollen Verfahren beschleunigen
- Ausreisepflichtige und ausländische Straftäter konsequent ausweisen und abschieben
- Entwicklungszusammenarbeit an die Bereitschaft, die eigenen Staatsbürger zurückzunehmen, binden
- ein Migration mit Ruanda nach britischem und dänischem Vorbild prüfen

FÜR EINE GEREGLTE MIGRATIONSPOLITIK

Die Allianz steht zudem für eine geregelte Einwanderungspolitik, welche klarstellt, dass Immigration nur mit Integration funktioniert, befürwortet die Verabschiedung eines Einwanderungsgesetzes und die Bekämpfung von Fluchtursachen. Die aktuelle Asylpolitik ist nicht mehr tragbar. Unter den Asylsuchenden sind zu viele, die keine Berechtigung haben, Verfahren in die Länge ziehen und die Kosten in die Höhe treiben. Die einzigen Gewinner der Asylpolitik sind Menschenschmuggler. Wir wollen ein Ende der Dramen im

Mittelmeerraum. Für uns ist es von großer Bedeutung, dass alle echten Flüchtlinge das Recht auf Sicherheit haben. Sie müssen im ersten sicheren Land, in dem sie ankommen, untergebracht werden. Ertrinkende müssen aus humanitären Gründen gerettet und zum nächsten Hafen gebracht werden. Die Zuwanderung braucht klare Grenzen und Regeln. Illegale Migration muss strikt unterbunden, die Prüfverfahren müssen beschleunigt werden. Ausländer, welche nicht berechtigt sind, im Land zu bleiben, sind schnellstmöglich abzuschieben. Die illegale Einwanderung gefährdet alle, beutet die Steuerzahler aus und beleidigt alle, die danach streben, legal in unser Land einzureisen. In einer Zeit des Terrors, Menschenhandels und der kriminellen Clans stellt die Anwesenheit von nicht identifizierten Personen im Land eine Gefahr für unsere Sicherheit dar. Unsere Priorität muss es sein, Gesetze konsequent durchzusetzen. Wenn Herkunftsländer nicht kooperieren, wollen wir, dass die EU ihre Macht nutzt und Maßnahmen ergreift. Ausreisepflichtige werden wir konsequent ausweisen. Wer sich weigert, seine eigenen Staatsbürger zurückzunehmen, kann kein Partner einer Entwicklungszusammenarbeit sein. Wir werden ein Migrationsabkommen mit Ruanda nach britischem und dänischem Vorbild prüfen.



**FÜR EINE
SICHERHEITSPOLITIK
DER VERNUNFT**

WIR ...

- wollen eine nationale Sicherheitsstrategie schaffen
- stehen für eine Sanierung und Ertüchtigung der Bundeswehr ein
- stehen an der Seite der Ukraine in ihrem Kampf gegen den verbrecherischen Angriffskrieg Russlands
- sind solidarisch mit Israel und sind der Auffassung, dass es jedes Recht zur Selbstverteidigung hat
- wollen die Abhängigkeit von China reduzieren

FÜR EINE SICHERHEITSPOLITIK DER VERNUNFT

Seit einem Jahr herrscht wieder Krieg in Europa. Russland terrorisiert die Ukraine mit seinem verbrecherischen Angriffskrieg und versucht, diese zu unterwerfen. Doch seine imperialen Bestrebungen beschränken sich nicht nur auf die Ukraine, sondern auf den ganzen Westen. Das nukleare Säbelrasseln Russlands zeigt diese ganz klar. Gleichzeitig versucht China, seine Einflussphäre auszuweiten und Israel wird von den Bestrebungen der Hamas und palästinensischer Entscheidungsträger und seiner Existenz bedroht. Es sind viele Herausforderungen, auf die es eine angemessene Antwort braucht. Die Antwort der Allianz ist eine Sicherheitspolitik der Vernunft! Deutschland trägt Verantwortung: Mit einer nationalen Sicherheitsstrategie, der Sanierung und Wiederherstellung der Verteidigungsfähigkeit der Bundeswehr, Reduktion der Abhängigkeit

von anderen Ländern und angemessenen Antworten auf die jeweiligen Konfliktsituationen wollen wir Deutschland adäquat in den außen- und sicherheitspolitischen Fragen der kommenden Zeit positionieren und gut aufstellen.

Eine nationale Sicherheitsstrategie schaffen

Deutschland braucht eine nationale Sicherheitsstrategie! Verteidigungspolitische Richtlinien und das Weißbuch sind Diskussionsgrundlage. Eine Strategie muss aber Ziele und Aufgaben klar definieren. Sie muss die sicherheitspolitischen Forderungen des Landes klar formulieren, damit die Streitkräfte und die Politik wissen, was zu tun ist. Die Bundeswehr muss entsprechend ihrer heutigen Organisationsstruktur voll ausgerüstet werden. Wir müssen unser Land in der Sicherheits- und Verteidigungspolitik so aufstellen, dass es für stürmische Zeiten gerüstet ist. Die Bundeswehr muss strukturell und personell saniert werden. Daher muss die Rüstungsbeschaffung völlig neu organisiert werden. Die Bewaffnung der Bundeswehr mit Drohnen ist für uns von elementarer Bedeutung. Für die bessere Sicherung der internationalen Seewege wollen wir die Bundeswehr mit neuen Fregatten ausstatten. Die NATO stellt unserer Ansicht nach das sicherheitspolitische Rückgrat des deutschen Staates und das erfolgreichste Militärbündnis der Geschichte dar. Nur durch die Mitgliedschaft hat sich Deutschland verpflichtet, einen angemessenen Beitrag zu leisten. Die Liberal-Konservativen bekennen sich klar zur NATO und setzen sich für ein ernsthaftes Engagement innerhalb des Bündnisses ein. Nur so werden wir wieder ein

verlässlicher und ernst genommener Partner. Wir werden wenigstens zwei Prozent des Bruttoinlandsprodukts dem Verteidigungshaushalt widmen. Für große Beschaffungsvorhaben, die kurzfristig angegangen werden müssen, bringen wir ein Sondervermögen im Umfang von 100 Milliarden Euro auf den Weg. Eine vorausschauende Sicherheitspolitik kann nicht ohne moderne und handlungsfähige Nachrichtendienste realisiert werden. Wir werden deshalb die Fähigkeiten unserer Nachrichtendienste ausbauen und insbesondere die Spionageabwehr stärken. Die chinesische App „TikTok“ werden wir im öffentlichen Dienst auf Diensthandys verbieten.

Transatlantische Partnerschaft

Wir sind überzeugte Transatlantiker und sehen uns dementsprechend der deutsch-amerikanischen Freundschaft verpflichtet. Wir wollen die transatlantischen Beziehungen erneuern, und die Bande, die uns mit den Vereinigten Staaten von Amerika verbinden, stärken. Dafür muss die Bundesrepublik den Dialog mit den Vereinigten Staaten auf allen Ebenen intensivieren. Ein respektvoller, vertraulicher und würdevoller Umgang ist dafür unabdingbar. Die transatlantischen Beziehungen gilt es bis zum gemeinsamen Wirtschaftsraum zu vertiefen. Wir wollen dazu beitragen, die Beziehungen mit den Vereinigten Staaten auf eine Grundlage zu stellen, die den geopolitischen Umbrüchen Rechnung trägt.

Russland und die Ukraine

Die Allianz verurteilt Russlands Angriff auf die Ukraine. Wir sehen uns in der Position, den völkerrechtlichen Frieden und die Freiheit gegenüber Russland zu verteidigen. Angesichts der Angriffe auf die Souveränität der Ukraine und weiterer Verbündeter ist es notwendig, das kriminelle Putin-Regime zur Rechenschaft zu ziehen. Deutschland muss entschlossen an der Seite der Ukraine stehen und das ukrainische Volk mit den geeigneten Mitteln und Maßnahmen unterstützen, um dem russischen Angriff standzuhalten und ihn abzuwehren. Jeder Tropfen Blut, der in diesem Krieg vergossen wird, geht auf das Konto des russischen Präsidenten. Der Einmarsch Russlands in die Ukraine verstößt gegen alle internationalen Normen. Wir müssen Taten sprechen lassen, um die Ukraine in diesem Krieg zu unterstützen. Die von uns geführte Bundesregierung hat die militärische Unterstützung der Ukraine signifikant ausgebaut. Diese Politik werden wir fortsetzen. Deutschland muss Russlands Möglichkeiten, Krieg zu führen, lähmen, und die Barbarei bestrafen. Wladimir Putin hat diesen Angriffskrieg gestartet, um nach Unabhängigkeit strebende Ukrainer zu zwingen, unter russischer Vorherrschaft zu leben. Er stellt einmal mehr unter Beweis, dass Tyrannen keine Gelegenheit ungenutzt lassen, ihre Nachbarländer auszuplündern und zu okkupieren, wenn die freie Welt sich nicht zusammenschließt, um Bedrohungen abzuwenden. Dafür muss Russland zwingend die Konsequenzen tragen und weiter isoliert werden. Das ukrainische Volk hat sich dazu entschieden, zu den Waffen zu greifen und die Souveränität zu verteidigen. Wir müssen uns mit unseren Verbündeten zusammenschließen, und die Ukraine

mit allen verfügbaren Mitteln unterstützen, ihre Souveränität und die Freiheit zu verteidigen, und die Verteidigungsfähigkeit zu stärken. Deutschland muss bedingungslos an der Seite des ukrainischen Volkes stehen.

Naher und mittlerer Osten

Die Allianz befindet sich bedingungslos an der Seite Israels. Wir lehnen Antisemitismus entschieden ab, egal ob in verbaler Form oder durch Diskriminierung und Handgreiflichkeiten. Wir werden daher Antisemitismus und Antizionismus mit einer Nulltoleranz-Politik begegnen. Egal, ob in Deutschland, als ein vermeintlicher Kulturbestandteil von Zugewanderten oder in Form links- und rechtsextremistischer sogenannter Kritik an Israel, noch auf internationaler Ebene. Wir werden uns für die Auflösung der UNRWA sowie für Reformen des UN-Sicherheits- und Menschenrechtsrats stark machen und sämtliche Fördergelder an die palästinische Autonomiebehörde stoppen, soweit dies rechtlich möglich ist. Zudem werden wir uns für ein Verbot der Hamas einsetzen. Wir befürworten die Bestrebungen zur Verlegung der deutschen Botschaft in Israel nach Jerusalem. Israel hat jedes Recht, seine Siedlungspläne umzusetzen.

China-Politik

Wollen wir auch zukünftig die Demokratie, Marktwirtschaft und Rechtsstaatlichkeit in der Welt stärken, ist eine klare außenpolitische Haltung zu China notwendig. Es muss die Politik der Bundesrepublik sein, die in China begangenen Menschenrechtsverletzungen offen zu kritisieren, China aufzufordern, Menschenrechte auf Privatsphäre, Freiheit des Kulturlebens, Meinungsfreiheit, Religionsfreiheit, Schutz vor Folter und vor willkürlicher Verhaftung sowie den Anspruch auf den Rechtsschutz zu wahren, und sich für Sanktionsmaßnahmen gegenüber der Volksrepublik China und den Parteifunktionären der Kommunistischen Partei Chinas, welche an den schweren Menschenrechtsverletzungen an der uigurischen Bevölkerung beteiligt sind, einzusetzen. Als dringend nötig erachten wir zudem ergebnisoffene und transparente Forschungen zum Ursprung des Corona-Virus.

Der Ausbau des 5G-Mobilfunknetzes durch chinesische Firmen ist abzulehnen. Deutschland darf sich nicht durch den Ausverkauf von Infrastruktur in eine Abhängigkeit zu China begeben. Wie weit die Abhängigkeiten reichen, wenn ein Staat elementar wichtige Infrastruktur an China verkauft, ist bestens am Beispiel Griechenlands ersichtlich: China hält mittlerweile hohe Anteile am griechischen Stromnetz und zudem den Hafen Piräus in Staatshand. Neben dem Schutz kritischer Technologien durch effektive Investitionskontrolle muss die europäische Union konsequent gegen WTO-Regelverstöße vorgehen. Erzwungene Technologietransfers als Voraussetzung für den Eintritt in den chinesischen Markt stellen nicht nur eine

Bedrohung für die zukünftige Wettbewerbsfähigkeit europäischer Firmen dar, sondern unterstützen auch den chinesischen Sicherheits- und Militärapparat.

Fast ein Drittel des internationalen Handelsvolumens passiert das Südchinesische Meer, wodurch der Erhalt des Meeres als internationales Gewässer von vitalem Interesse ist. Wir unterstützen deswegen auch ausdrücklich die Bemühungen der Vereinigten Staaten von Amerika, die internationalen Gewässer im Südchinesischen Meer sowie die internationale Schifffahrt durch militärische Präsenz vor der Vereinnahmung Chinas zu schützen. Die deutsche Marine sollte dort in Kooperation mit unseren Partnern mehr Präsenz zeigen. Für uns ist dabei klar, dass wir hinter der Zivilbevölkerung Hongkongs stehen und das Streben nach Demokratie, Menschenrechten und Rechtsstaatlichkeit unterstützen. Um die deutsche wirtschaftliche Abhängigkeit von China zu verringern, werden wir neue Handelspartner im Indopazifik gewinnen.



FADI VON SCHÖNEBERG
BUNDESENTWICKLUNGSMINISTER
LISTENPLATZ 3



REGIERUNGSPROGRAMM DER
LIBERAL-KONSERVATIVEN ALLIANZ
ZUR XVI. BUNDESTAGSWAHL